
Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukrainekrieg

Besichtigung einer Epoche

edition suhrkamp

SV

1990 bereiste der amerikanische Journalist John Feffer Osteuropa und unterhielt sich mit den Menschen, die sich nun in einer Welt ohne Eisernen Vorhang wiederfanden. Die meisten waren überzeugt, dass sie in fünf Jahren wie Westeuropäer leben würden. Ein Vierteljahrhundert später wiederholte Feffer seine Reise und sprach erneut mit seinen Interviewpartnern. Mittlerweile hatte sich Ernüchterung breitgemacht und der kapitalistische Liberalismus, auf den man alle Hoffnungen gesetzt hatte, war ein »gestürzter Gott«.^[36]

Der bulgarische Politologe Ivan Krastev hat das osteuropäische Unbehagen über die westlichen Anforderungen hinsichtlich Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit als Folgen eines »Nachahmungsimperativs« gedeutet: Die europäische Integration habe 69 sich als Aufforderung herausgestellt, alle Nationen müssten letztlich so werden wie Deutschland. Zu Beginn der 1990er Jahre entfaltete die »deutsche Perspektive« einige Strahlkraft in Osteuropa. Mittlerweile gibt es in Brüssel eine Erweiterungsfatigue, während man in Osteuropa das westliche Modell zunehmend in Misskredit bringt und nach Alternativen sucht. In seinem Buch *Europadämmerung* beschreibt Krastev die Kern-EU als einzigartiges Ökosystem, das den Galapagos-Inseln gleiche. Dort gedeihen Pflanzen und Tierarten, die für sich selbst genommen wunderbar sind, aber keinen Bezug zur Außenwelt haben. Genauso verhalte es sich mit der europäischen Nulltoleranz für Korruption. Sie beanspruche zwar in Finnland, Deutschland oder Frankreich selbstverständliche Geltung, sei aber Fremdkörper in den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die über eine gewaltgeprägte Vergangenheit verfügen. Krastev diagnostiziert innerhalb der EU ein westliches Wertediktat, das sogar zu einer neuen Ost-West-Spaltung Europas führen könne.^[37]

Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann hat Krastev widersprochen und ihm vorgeworfen, er sei ein Fatalist seiner eigenen dichotomischen Geschichtskonstruktion. Den »Westen« als liberales und kapitalistisches Projekt gebe es in dieser reinen Form gar nicht. Viel wichtiger sei das Thema der Menschenrechte, das seit der Schlussakte von Helsinki 1975 auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs auf erhebliche

Resonanz gestoßen sei.^[38] In der Tat haben in den 1990er Jahren die meisten Staaten des ehemaligen Ostblocks die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet und dadurch die Wichtigkeit dieser Werte hervorgehoben, auch wenn das Verständnis dieser Werte unterschiedlich war.

Heute stehen vor allem Polen und Ungarn am Pranger der europäischen Kommission. Jarosław Kaczyński kündigte bereits in den 1990er Jahren dem »postkommunistischen Filz« den Kampf an, er sah das von einer liberalen Regierung gelenkte Polen »in Ruinen« und verordnete seinem Land einen »Wandel zum Guten«.^[39] Gemeint war damit, dass nicht jeder das tun könne, was er wolle, sondern »das Gute« tun müsse.^[40] Viktor Orbán erklärte im Jahr 2014 publikumswirksam, er wolle in Ungarn eine »illiberale Demokratie« errichten. Die Europäische Union ist schockiert über diese ideologische Marschrichtung und geht mit rechtlichen und wirtschaftlichen Disziplinierungsmaßnahmen gegen die beiden Störenfriede vor.

Man darf jedoch nicht vergessen, dass die demokratische Auflösung des kommunistischen Ostblocks ausgerechnet in Polen und Ungarn ihren Anfang genommen hatte. Timothy Garton Ash wies bereits 1990 darauf hin, dass die Auflösung der sozialistischen Herrschaft in Polen zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen und in der Tschechoslowakei zehn 71 Tage gedauert habe.^[41] Die Aktionen der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und die ungarischen Reformen nach der Ära Kádár bahnten allen osteuropäischen Gesellschaften den Weg in die Freiheit.^[42] Die Tradition des Aufstandes ist auch im 19. Jahrhundert am prominentesten in Polen und Ungarn sichtbar: 1830 und 1863 erhoben sich die Polen gegen die russischen Besatzer, 1846 gegen die Preußen und die Österreicher. 1848 brach in Ungarn eine Revolution aus, die von den Habsburgern nur mit russischer Unterstützung niedergeschlagen werden konnte. Es wäre allerdings falsch, aus solchen Rebellionen mentalitätsgeschichtliche Schlüsse zu ziehen. Polen und Ungarn sind heute nur noch Kernländer von großen ehemaligen Vielvölkerreichen. Polens Blüte reicht zurück ins

17. Jahrhundert, als die polnisch-litauische Adelsrepublik sogar Wien vor der Einnahme durch die Osmanen bewahrte. Ungarn beruft sich auch heute noch auf die Länder der Stephanskronen, zu der unter anderem die Slowakei, Kroatien, Siebenbürgen, das Banat und die Vojvodina gehörten. Vor diesem Hintergrund kann die renitente Haltung der Regierungen in Warschau und Budapest als postimperialer Aufstand gegen einen neuen Souveränitätsverlust im Rahmen der EU gedeutet werden. Allerdings sind die Gesellschaften in Polen und Ungarn tief gespalten – um Mehrheiten zu beschaffen, hat die Orbán-Regierung sogar begonnen, Pässe an Auslandsungarn auszugeben.

⁷² Ein Spezialfall ist einmal mehr Russland. Wenn es in der Ära Putin eine ideologische Konstante gibt, dann ist es zweifellos die Überzeugung, dass Russland eine eigene Zivilisation bilde und nicht nach westlichen Vorbildern reformiert werden dürfe. Ideologisch konnte diese Position mit der berühmten Theorie des »Clash of Civilizations« begründet werden. Der konservative Politikwissenschaftler Samuel Huntington hatte in den 1990er Jahren die These formuliert, dass die globalen Konflikte der Zukunft sich nicht mehr zwischen Nationalstaaten, sondern zwischen unterschiedlichen Zivilisationen abspielen werden. Huntington identifizierte neun verschiedene Zivilisationen, darunter die westliche und die orthodoxe. Die entscheidenden Merkmale der von Russland dominierten orthodoxen Kultur erblickte Huntington im Fehlen der Kulturtraditionen von klassischer Antike, Renaissance und Aufklärung sowie in der kontinuierlichen imperialen Ausdehnung auf dem eurasischen Kontinent. In Russland nahm man Huntingtons Theorie weniger als analytisches Begriffsangebot wahr, sondern nutzte es als ideologische Begründung des russischen Sonderwegs. In konservativen Kirchenkreisen wurde Huntingtons Theorie begeistert aufgenommen, nicht als Deutungsinstrument, sondern als Handlungsanweisung. Der Einfluss von Huntington lässt sich deutlich etwa in der Sozialdoktrin der russisch-orthodoxen Kirche aus dem Jahr 2000 nachweisen. Dort ist die Rede von »kulturellen Unterschieden« zwischen den christlichen Kirchen. Die russische Orthodoxie zeichne sich durch Patriotismus aus und müsse

die nationale Kultur bewahren. Die Gläubigen sind aufge⁷³rufen, der Staatsgewalt Gehorsam zu leisten und für sie zu beten. Auch Präsident Putin stimmte Huntingtons Thesen auf dem Valdai Forum 2015 explizit zu und meinte: »Der russischen Weltanschauung liegt die Vorstellung von Gut und Böse, von höheren Mächten, vom Göttlichen zugrunde. Das westliche Denken ist von Interesse und Pragmatik geprägt.« In öffentlichen Auftritten verwendet er oft den Begriff der »einzigartigen russischen Zivilisation«.

Solche Aussagen verfügen über weitreichende politische Implikationen. Die Legitimation der Regierung beruht im eigenen Verständnis nicht in erster Linie auf dem Resultat von demokratischen Wahlen. Der Kreml versteht sich als Hüter bestimmter zivilisatorischer Werte, die nicht zur Disposition stehen. In der nationalen Sicherheitsstrategie von 2015 werden als solche Werte etwa der »Vorrang des Geistigen vor dem Materiellen«, die Familie und der »Dienst am Vaterland« genannt. Vor diesem Hintergrund wäre jede Veränderung der politischen Führung schädlich für die »zivilisatorische Identität« des Landes. Proteste gegen dieses ideologische Programm gibt es kaum. Selbst der bekannteste Oppositionelle des Landes stellt politisch keine Bedrohung dar. In einer Studie des unabhängigen Lewada-Instituts aus dem Jahr 2021 gaben nur gerade 5 Prozent der Befragten an, Alexej Nawalny zu vertrauen (Putin erreicht in derselben Umfrage 29 Prozent). Erstaunlich ist die fühlbare Nervosität. Der Staat ging mit Gift gegen den Protestführer vor, sperrte ihn weg und verurteilte ihn im Gefängnis zu einer neuen langjährigen Haftstrafe.

⁷⁴Der russische Angriff auf die Ukraine wurde von konservativen Ideologen vorbereitet. Der berühmteste und zugleich berüchtigtste ist Alexander Dugin, der als Vordenker der eurasischen Bewegung gilt. Dugin ist überzeugt, dass Russland »entweder groß oder gar nicht« sein werde. Russland müsse dem »eurasischen Entwicklungsvektor« folgen, um seine eigene zivilisatorische Bestimmung zu erfüllen. Im Gegensatz zur transatlantischen »Wasserkultur«, die zu Individualismus und Welthandel führe, gehöre Russland zu einer »Trockenkultur«, in der die nationale

Gemeinschaft fest mit dem Boden verbunden sei. Das »Russentum« wird bei Dugin zum Maß aller Dinge, dem sich sogar die Ethik unterordnen muss: »Wir, die Russen, sind das Gottesträgervolk. Deshalb sind alle unsere Erscheinungsformen – hohe und tiefe, selige und schreckliche – geheiligt mit unirdischen Sinnpotenzen, den Strahlen des himmlischen Jerusalem, mit transzendenter Feuchte erfrischt. Im Überfluss der nationalen Gnade vermischen sich Gut und Böse, sie fließen ineinander über, und plötzlich erhellt sich das Dunkle, und das Weiße wird zu einer undurchsichtigen Hölle. Wir sind genauso unerkennbar wie das Absolute. Wir sind eine apophatische Nation. Sogar unsere Verbrechen stehen unvergleichlich höher als fremde Tugenden.«

Der Historiker Wadim Zymburski legte 1993 einen einflussreichen Aufsatz über die »Insel Russland« vor. Er ging davon aus, dass sowohl das Zarenreich als auch das Sowjetimperium Russland von der eigenen geopolitischen Identität entfremdet hätten. Deshalb sei der Zerfall der Sowjetunion eine Chance für Russland, das sich 75 auf seine Grenzen zurückziehen und sich wie eine Insel abschotten müsse. Russland sei von einem Gürtel von geopolitisch undefinierten Staaten umgeben – Zymburski prägte dafür den Begriff »großer Limitroph«. Alle diese Staaten im Limitroph müssten sich entscheiden, entweder zu Russland oder zum Westen zu gehören. Manche Staaten – wie namentlich die Ukraine – würden bei dieser Wahl aber auseinanderbrechen. Zymburski ging davon aus, dass sich die Krim, das sogenannte »Neurussland« und alle Gebiete östlich des Dnjepr in einem Akt zivilisatorischer Selbstdefinition Russland anschließen würden.

2005 legten die beiden nationalistischen Publizisten Michail Leontjew und Michail Jurjew ihre Konzeption der »Festung Russland« vor. Die größte Gefahr bestand aus ihrer Sicht darin, dass Russland sich als Staat mit einer eigenen Zivilisation in einer globalisierten Wirtschaftsordnung auflösen könnte. Deshalb forderten sie, der russische Staat solle sich selbst vom Welthandel abschneiden und ein alternatives politisches System zum westlichen Liberalismus entwerfen. Die Garanten dieses Szenarios wären laut den Autoren der starke Präsident, die Atomwaffen und die